



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

☎ (030) 227-73447

✉ (030) 227-76318

✉ ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

28.02.06

„Bildung darf nicht Verlierer sein!“

Rossmann plädiert für kooperativen Föderalismus

Der Föderalismuskompromiss darf nicht zu Lasten der notwendigen Bildungsreformen gehen. Das hat jetzt der SPD-Bildungsexperte und Kreis Pinneberger Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann gefordert. „Die Kritik des Bildungsexperten der UN-Menschenrechtskonvention, Vernor Muñoz, am zunehmenden Bildungs-Föderalismus muss ernst genommen werden“, verlangte Rossmann.

„Vernor Muñoz, hat in der Bilanz seines Deutschlandbesuches die wachsenden Befugnisse der Bundesländer im Bildungsbereich kritisiert. Seiner Überzeugung nach verliert der Bund dadurch die Möglichkeit, einheitliche Lebens- und Bildungschancen bundesweit sicherstellen zu können.“ Außerdem halte der UN-Experte die bestehenden Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern für zu groß. Rossmann: „Muñoz hat weitere Reformen im deutschen Bildungssystem dringend angemahnt. Das dürfen wir nicht auf die leichte Schulter nehmen.“

Rossmann will jetzt mit einer vertieften öffentlichen Debatte über die Föderalismusreform auf die Problematik aufmerksam machen. „Mit der Reform der bundesstaatlichen Ordnung werden die Rahmenbedingungen für die

zukünftige Gestaltung des Bildungs- und Wissenschaftsstandortes Deutschland festgelegt. Wir benötigen daher Nachbesserungen im Sinne eines kooperativen Föderalismus.“

So will der Politiker dem Bund auch in Zukunft die Möglichkeiten für gemeinsame Hochschulprogramme mit den Ländern einräumen und gemeinschaftliche Initiativen zur Verbesserung des Bildungssystems insgesamt ermöglicht sehen. „Die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion wird hierzu im März mit dem Beginn des parlamentarischen Verfahrens ein breit angelegtes Expertengespräch durchführen, welches zugleich der Vorbereitung einer umfangreichen Anhörung im Deutschen Bundestag dienen soll“, erläutert Rossmann. „Die CDU/CSU-Fraktion ist eingeladen, sich bei der parlamentarischen Beratung intensiv an der Diskussion zu beteiligen und zur Sicherung bundesweit vergleichbarer Lebensverhältnisse im Bildungsbereich beizutragen.“

Ernst nehmen muss die Bildungspolitik nach Rossmanns Auffassung auch die Kritik Muñoz, dass sich soziale Ungleichheiten in den Bildungschancen der Kinder widerspiegeln und dass die Aufteilung von Schülern auf einzelne Schularten in Deutschland sehr früh stattfindet. „Der Zugang zu Bildung ist ein Menschenrecht. Wir müssen darauf achten, dass dieses Grundrecht in Deutschland gewahrt ist und gewahrt bleiben wird. Gut ausgebildete Menschen müssen als das wichtigste Kapital eines Landes angesehen werden“, betont Rossmann. „Wichtigstes Ziel einer verantwortungsvollen Bildungs- und Forschungspolitik muss daher sein, die sozialen Ungleichheiten in den Bildungschancen unserer jungen Generation zu überwinden und bundesweit vergleichbare Lebensverhältnisse im Bildungsbereich zu schaffen.“